

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 2

Artikel: Nach dem verlorenen Jahrzehnt die Chance nicht verpassen! : Oder weshalb die Angst vor dem eigenen Mut das grösste Risiko ist
Autor: Fehr, Jacqueline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341533>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach dem verlorenen Jahrzehnt die Chance nicht verpassen!

Oder weshalb die Angst vor dem eigenen Mut das grösste Risiko ist

Will die Schweiz vorwärts kommen, muss sie linker werden. Wird sie's nicht, droht ihr der wirtschaftliche und damit auch der soziale Rückschritt oder gar das Auseinanderbrechen. Die Gräben, die durch die Politik von Rechtsausen in den letzten Jahren aufgerissen worden sind, sind tief und reichen bis in die Sozialdemokratie: Gräben zwischen Stadt und Land, Gräben zwischen Alt und Jung, Gräben zwischen denen, für welche die Zukunft Verheissung ist, und denjenigen, die vor der Zukunft Angst haben.

Jacqueline Fehr

Die 90er Jahre waren ein Jahrzehnt der Erbsenzähler und Rappenspalter, der Angstmacher und Neider. Die Linke macht dabei, ohne es zu merken, auch mit, indem sie ebenfalls Angst und Neid streute. Statt der Angst vor dem «Fremden» und dem Neid gegenüber den «Sozial-schmarotzern» waren es auf linker Seite die Angst vor der braunen Rechten und der Neid gegenüber den Spitzenverdienern. Vergessen ging dabei, dass es in einem solchen Klima keinen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gibt. Das EWR-Nein am Anfang und die verlorene Abstimmung zur Mutterschaftsversicherung am Ende des Jahrzehnts waren ganz wesentlich Ausdruck dieser fehlenden Zuversicht, der fehlenden Grosszügigkeit und des fehlenden Selbstvertrauens so-

wohl der Schweiz als Staatswesen als auch der einzelnen Bürgerinnen und Bürger.

Das Angst- und Missgunstklima hinterliess seine Spuren auch innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie. Auch deshalb und nicht nur wegen des Zwistes um die Eignung der kürzlich zurückgetretenen Präsidentin waren die letzten drei Jahre des Jahrzehnts auch für die Sozialdemokratie verlorene Jahre. Statt aktiv den Takt und das Tempo in der schweizerischen Politik anzugeben, bekamen wir Angst vor dem eigenen Mut. Plötzlich wurden wieder Ziele und Mittel miteinander vermischt, Methoden per se verurteilt und der Blick für die Wirkung der einzelnen politischen Massnahmen von der Ideologie vernebelt. Am deutlichsten wurde es bisher in der Frage der Strommarktliberalisierung. Das Schimpfwort «Liberalisierung» reichte bereits, um dem ganzen Geschäft ablehnend gegenüberzustehen. Das Ziel und die Wirkung dieser Methode und damit auch die Frage, wie wir die Liberalisierung gestalten müssen, damit möglichst viele davon ganz konkret in Franken und Rappen profitieren können, gerieten phasenweise in den Hintergrund. Und bereits waren in der SP-Fraktion Stimmen zu hören, die forderten, man müsse die Bahnreform wieder rückgängig machen. Dass gerade wegen der von der SP massgebend mitgestalteten

Bahnreform der Service Public erhalten werden konnte, droht dabei vergessen zu gehen.

Die 90er Jahre holen uns ein!

Weshalb diese strukturkonservative Welle? Vier Gründe können dafür als Ansatz für eine Erklärung dienen:

1. Die eingangs erwähnten Gräben spalten die Gesellschaft in solche, die dem Strukturwandel positiv und zuversichtlich gegenüberstehen, weil sie damit rechnen können, von diesem auch profitieren zu können, und in solche, die sich definitiv auf der Verliererseite wähnen. Dies betrifft insbesondere auch die verschiedenen Regionen in der Schweiz.
2. Der Strukturwandel brachte denn auch der Deutschschweiz und insbesondere dem Grossraum Zürich sehr früh den Aufschwung zurück, lässt die Arbeitslosenzahlen sinken und das Leben pulsen, während sich in den meisten Regionen der lateinischen Schweiz die Rezession nach wie vor hält und vor allem auch die Zahl der gefährdeten Stellen nach wie vor sehr hoch ist.
3. Der Umbau der ehemaligen Staatsbetriebe (SBB und PTT) in die neuen teilliberalisierten Unternehmen hat diese Spaltung eher bestätigt als daran Korrekturen angebracht. So waren auch vom Stellenabbau bei der Bahn und der Swisscom schwergewichtig Randregionen betroffen, während in den Zentrumsregionen Hunderte von Stellen neu geschaffen wurden.
4. Die Politik auf der Strasse ist in der lateinischen Schweiz, insbesondere in der Waadt und dem Kanton Genf, nach wie vor ein wichtiges Korrektiv zur institutionellen Politik in Parlament

und Regierungen. Während sich also die Linken in der Westschweiz teilweise auf den Druck von der Strasse abstützen können, holt man mit schwingenden Fahnen in der Deutschschweiz kaum mehr als ein paar hundert Aufrechte auf die Strassen. Unter welchen Umständen dies geändert werden kann, ist offen.

Auch wenn diese vier Punkte nicht mehr als ein Ansatz einer Erklärung sein können, zeigen sie doch, dass die sich anbahnenden Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie ihren realen Hintergrund in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der 90er Jahre haben. Dass sie jetzt aufbrechen, ist nicht weiter erstaunlich, sind wir doch im Moment volkswirtschaftlich genau an der Wende von der Rezession zum Aufschwung, wobei dies eben weder regional noch gesellschaftlich für alle gilt.

Europa ist links oder doch nicht?

Während die Schweiz in den späten 90er Jahren politisch und gesellschaftlich verloren hat, wurde die EU in den gleichen Jahren links. Die dortigen sozialdemokratischen Parteien konnten der Bevölkerung während der Rezession aufzeigen, dass die Aufforderung der Vermögenden, den Gürtel enger zu schnallen, nur für diejenigen mit einer eh schon schlanken Taille galt. Und trotzdem: So ganz darf es nicht sein – das sozialdemokratische Europa. Was zwar auf dem Papier gut aussieht, sei bei näherer Betrachtung ein Verrat an den wahren sozialdemokratischen Werten, wird da und dort insbesondere über die britische und die deutsche Sozialdemokratie gelästert. Quasi der letzte wahre Linke sei Jospin oder dann vielleicht noch Lafontaine. Willy Spieler, Religiössozialist und Herausgeber der Zeitschrift «Neue Wege», verstieg sich gar in der Forderung, es müsse als Gegenschritt

zum Schröder-Blair-Papier ein Jospin-Lafontaine-Koch-Papier geben. Nun, grundsätzlich ist gegen eine Fortsetzung der Diskussion über die Weiterentwicklung linker Politik in Europa nichts einzuwenden. Nur ob die so häufig angewendete Kategorisierung dabei hilfreich ist, wage ich zu bezweifeln. Wenn ich jedenfalls mit einem Ostberliner Freund über das deutsche Steuer- und Sozialsystem spreche, bin ich mir jeweils nicht sicher, ob der Erhalt desselben wirklich sozialdemokratisch ist oder ob gewisse Vorschläge Schröders unseren Zielen von gleichberechtigter Teilhabe am volkswirtschaftlichen Fortschritt nicht doch näher kommen. Die selben Zweifel überkommen mich, wenn ich mit Leuten spreche, die sich die Politik Blairs vor Ort angesehen haben und diese mir zurückmelden, dass das Prinzip Leistung statt Fürsorge von Arbeitslosen, deren Familien seit Generationen vom Arbeitsmarkt und damit von der gesellschaftlichen Integration ausgeschlossen sind, geradezu als Segen empfunden wird. Vielleicht lassen wir die Kategorisierungen lieber und anerkennen, dass die Politik immer im Zusammenhang mit den realen politischen Verhältnissen beurteilt werden muss. Und dann können wir linke Politik in unserem Land plötzlich nur noch schlecht mit linker Politik in Länder vergleichen, in denen für die Wahlen eine Mehrheit gefunden werden muss und damit die Kompromisse zu einem viel früheren Zeitpunkt gemacht werden müssen.

Weder bekehrt noch konvertiert

Das schweizerische System ermöglicht es der Sozialdemokratie, klare linke Positionen einzunehmen und daraus linke *und* mehrheitsfähig Lösungen zu erarbeiten. Linke Politik muss vom Willen getragen und geprägt sein, die Gegenwart zu verändern und die Zukunft mitzugestalten. Da nützen papierlose Grundwertedebatten, deren Dynamik darin besteht, dass sie

sich vom Sternen- zum Rösslisaal bewegen, wenig. Linke Politik muss immer darauf abzielen, die realen Lebenssituationen und -perspektiven der Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten zu verbessern und für den Zusammenhalt der Gesellschaft einzustehen. Dass dies nicht widerspruchsfrei möglich ist, gehört zu den schmerzvollen, aber nötigen Einsichten. Um sich aber nicht ziellos in diesen Widersprüchen zu verstricken, braucht es eine gründliche Analyse, langfristige Perspektiven und Visionen und kurzfristige, konkrete Handlungsfelder. Diese drei Elemente gehören zusammen und dürfen nicht als edle Grundwerte und schmutzige Tagespolitik gegeneinander ausgespielt werden. Wenn Willy Spieler in seinem bereits erwähnten Brief an Lafontaine die Linke einteilt und solche, die «im Mainstream neoliberaler Wirtschaftsdogmen mitschwimmen und sich im Konvertiteneifer der von Marx zum Markt Bekehrten gleich noch die antisozialistischen Versatzstücke des politischen Gegners aneignen», und andere, «für die nicht einfach alles falsch ist, was die Arbeiterbewegung mit ihren Grundwerten (...) erreicht hat», ist das ein Affront gegenüber der grossen Mehrheit der Partei, die sich nicht in solche Schemata eingeteilt sehen will. Aufhorchen lässt mich dabei auch, dass Willy Spieler für seine Darstellung eine religiöse Sprache wählt. Konvertieren kann man nur von einer zur anderen Glaubensgemeinschaft. Politik ist aber keine Glaubensgemeinschaft und darf nie eine werden. Gerade weil es links und rechts Tendenzen von «politischen Kirchen» oder gar «politischen Sekten» gibt, müssen wir bei allen Emotionen und Werten die Nüchternheit und Sachlichkeit der Politik bewahren.

Linke Politik nutzt den Wandel

Linke Politik ist ein konkretes Geschäft. Und linke Politik will den Wandel. Wie

erfolgreich wir damit sein können, haben wir in jüngerer Vergangenheit gezeigt. Im Bereich der Drogenpolitik, der Verkehrspolitik, in Teilen der Wirtschaftspolitik (Kartellgesetz) und der Sozialpolitik (Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz), in der Europapolitik (flankierende Massnahmen zu den bilateralen Verträgen), aber auch in der Umwelt- und Energiepolitik (Energie- und Förderabgabe) haben wir klargemacht, dass wir in der Lage sind, aus der Minderheit heraus die Politik der Schweiz zu gestalten und damit die Zukunft unseres Landes und der Menschen, die hier leben, zu verbessern. Wie sonst käme es, dass von alt Bundesrat Friedrich bis zur linken WOZ alle die Sozialdemokratische Partei angefleht haben, sie möge sich doch bitte weniger mit sich selber als viel mehr mit den Problemen des Landes beschäftigen. Quasi nach dem Motto: Wer, wenn nicht die SP, löst uns die Probleme.

Die Zukunft liegt vor uns!

Dort, wo die Welt sich verändert, braucht es eine starke Linke, und dort, wo sie sich nicht verändert, erst recht. Wenn die Schweiz nicht im Isolationismus und als Mäuschen vor der Schlange erstarren will, muss sie linker werden. Sie muss sich der Welt öffnen und gleichzeitig die soziale Sicherheit der Menschen ausbauen. Sie muss den ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben und damit gleichzeitig die Wirtschaft wachsen lassen. Sie muss für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt der Gesellschaft eintreten und gleichzeitig die Verwirklichung des einzelnen Menschen ermöglichen. Sie muss die Vollbeschäftigung anstreben und gleichzeitig das Prinzip des Ernährerlohns überwinden. Sie muss die Familien stärken und gleichzeitig der älteren Generation Anerkennung für das Geleistete entgegenbringen, und sie muss die Interessen der Konsumierenden stärker be-

rücksichtigen, ohne bei dieser Ausrichtung auf die Kundenbedürfnisse die Interessen der Angestellten zu opfern.

Konkret geht es um Fragen wie:

- *Wie gestalten wir eine linke Politik, die den Strukturwandel nicht verhindert, sondern dessen sozialen und ökologischen Potenziale aufzeigt und einfordert?*
- *Wie schaffen wir den ökologischen Umbau der Wirtschaft und (damit) ein nachhaltiges Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent?*
- *Wie kommen wir zu einer Vollbeschäftigung, die nicht mehr auf dem Ernährerlohnprinzip basiert?*
- *Wie erreichen wir eine ausgeglichene Reichtumsverteilung und erhöhen insbesondere den Anteil der arbeitenden Menschen am erarbeiteten Reichtum der Schweiz?*
- *Wie können wir die Rechte am Arbeitsplatz und im Betrieb erweitern?*
- *Wie erhöhen wir den Anteil, der den Menschen im Portemonnaie bleibt, nachdem sie ihre Mieten, Krankenkassenprämien, Steuern und die Ausgaben für Nahrung, Bildung und Kultur bezahlt haben?*
- *Wie schaffen wir es, dass nicht Kinder für immer breitere Bevölkerungsschichten zu einem Armutsrisiko werden?*

Diese Aufgabe zu lösen, ist kein Sonntags-spaziergang. Als Erstes müssen wir uns darauf verständigen, dass wir das Rad nicht zurückdrehen wollen. Ein strukturkonservativ motivierter Stillstand bringt uns zwar den kurzfristigen Applaus vieler tatsächlich verunsicherter Wählerinnen und Wähler. Doch er löst uns kein einzi-

ges Problem. Die Gräben, die entstanden sind, lassen sich nur mit einer vorwärtsgerichteten Politik zuschütten. Die parlamentarischen Initiativen Tschäppät (Die Gewinne der Swisscom sollen dem Service Public und insbesondere den Randregionen zugute kommen) und Hämmerle (Post, Bahn und Swisscom werden verpflichtet, ihre Arbeitsplätze flächendeckend in der ganzen Schweiz anzubieten) sind dazu genauso geeignet, wie unser familienpolitisches Konzept, nach welchem die unter Druck geratenen Familien entlastet werden sollen. Ebenso in diese Reihe gehören die energiepolitischen Vorlagen, über die wir im Herbst abstimmen werden und welche die Schaffung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen ermöglichen werden. Oder die Armeehalberungsinitiative, die echte soziale statt bubenträumerische militärische Sicherheit fordert. Oder die Gesundheitsinitiative, welche die Prämienlast, die notabene bis zu einem Einkommen von 70000 Franken höher ist als die Steuerrechnung, senkt.

Als Zweites brauchen wir dazu fähige Leute, die bereit sind, die konzeptionelle

Arbeit zu leisten. Vielleicht brauchen wir sogar eine eigentliche Abteilung «Forschung und Entwicklung». Ein solches «F&E-Team» wäre vor allem zuständig für die präzise Analyse einzelner Politikbereiche und deren Umsetzung in lang- und kurzfristige Projekte. Nebst den neuen Kräften müssten für diese Arbeit auch die Hochbegabten mit mehrheitlich katholischer Sozialisation zurückgewonnen werden.

Und als Drittes brauchen wir Leute, die in der Politik Lust statt Last verbreiten und damit auch die Voraussetzung schaffen, unter denen eine noch so gute linke Politik überhaupt erfolgreich sein kann: ein Klima der Zuversicht, der Grosszügigkeit und des Selbstvertrauens.

Jacqueline Fehr, Nationalrätin, lebt in Winterthur und freut sich, wenn die Diskussion weitergeführt wird, z. B. per E-mail: jacqueline.fehr@viability.ch.